

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrats vom Dienstag, 01. April 2003

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer/in: Napieralla (zu TOP 1), Pfleger

Anwesend waren sowie die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther, Platzer, Portenlänger, Rauscher und Schurer B. sowie die Stadträte Abinger, Berberich, Brilmayer F., Gietl, Heilbrunner, Krug, Lachner, Mühlfenzl, Nagler, Riedl, Schechner A., Schechner M. jun. und Schuder.

Entschuldigt fehlten stv. Bgmin. Anhalt, stv. Bgm. Ried sowie die Stadträte Schechner M. sen. und Schurer R.

Beratend nahmen an der Sitzung Herr König, Herr Napieralla und Frau Pfleger teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

Bürgermeister Brilmayer informierte den Stadtrat vorab, dass unter TOP 6 „Verschiedenes“ eine Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der zugehörigen Gebührensatzung vorgesehen sei.

TOP 1

**Beschlussfassung über die Haushaltssatzung
und den Haushaltsplan 2003 samt Anlagen**

öffentlich

In der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 11.03.2003 wurde der Haushaltsplan 2003 vorberaten, auf die Niederschrift hierzu wird verwiesen.

Eingangs erläuterte Bürgermeister Brilmayer den langen Weg bis zur Erarbeitung des vorgelegten ausgeglichenen Haushaltsentwurfs 2003. Aufgrund der noch nie da gewesenen schwierigen Haushaltssituation sind mit der jetzigen Stadtratssitzung insgesamt sieben Sitzungen (14.01., 28.01. und 11.02. FiVA., 25.02. SozA., 11.03. FiVA., 26.03. FiVA./SozA. und STR 01.04.2003) notwendig geworden. Bürgermeister Brilmayer fasste den Ablauf dieser Sitzungen nochmals kurz zusammen und erklärte u.a. die Finanzsituation durch folgende Punkte:

- der massive Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen (von ca. € 4,5 Mio. im Haushaltsjahr 2002 auf € 2,4 Mio. Ansatz im laufenden Haushaltsjahr) und auch die geringer werdende Anzahl der gewerbesteuerzahlenden Betriebe
- die allgemein vorliegende „lahmende Wirtschaftssituation“, sowie die Auswirkungen der Bundesgesetzgebung (Steuererleichterungen, insbesondere für Großbetriebe)
- steigende Umlagelasten durch Bundes- und Landesgesetzgebung (z.B. steigende Gewerbesteuerumlage)

- die für die Stadt Ebersberg für 2003 festgesetzte Solidarumlage in Höhe von über € 877.000 (seit Einführung der Solidarumlage wurden für die Stadt Ebersberg Abgaben in Höhe von über € 6,6 Mio. festgesetzt)
- den von der Einkommenssteuerbeteiligung abgesetzten Betrag für die Flutschäden in Ostdeutschland in Höhe von über € 179.000
- die sinkenden Staatszuschüsse bzw. deren erheblich zeitlich verzögerte Auszahlung (z.B. Feuerwehrwesen; der Staatszuschuss für die in 2001 angeschaffte Feuerwehdrehleiter wird voraussichtlich erst 2005 ausbezahlt)

Der von der Stadt Ebersberg im Haushaltsjahr 2003 zu zahlende Betrag für Solidarumlage und der nicht zur Verfügung stehende Betrag bei der Einkommensteuerbeteiligung (Abzug Flutopferentschädigung) ergeben in etwa die Summe, welche sich die Stadt Ebersberg auf dem Kreditmarkt besorgen muss, um die diesjährigen laufenden Kosten (Verwaltungshaushalt) bestreiten zu können. Durch diesen Sachverhalt werden nun auch die bisher finanziell gesunden Städte und Gemeinden zum Krankheitsfall, so Bürgermeister Brilmayer.

Dennoch wird die Stadt Ebersberg den notariellen und vertraglichen Verpflichtungen aus der Errichtung eines Stadtsaals und einer Dreifachturnhalle nachkommen und somit den gewerblichen Mittelstand stärken und Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten.

Anschließend fasste Bürgermeister Brilmayer nochmals zusammen, welche Aufträge er zuletzt in der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses und des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses am 26.03.2003 erhalten hatte:

1. Nachverhandlungen mit der Klosterbauhof GmbH zu führen, damit für die Errichtung eines Stadtsaals mindestens eine in 2003 zu zahlende Kaufpreissumme in Höhe von € 50.000 erst in 2004 zu leisten ist oder
2. das gleiche Ziel durch Nachverhandlungen bei den Zahlungsmodalitäten mit dem Landkreis bei der gemeinsamen Errichtung einer Dreifachturnhalle zu erreichen.
3. Nochmals einen Versuch zu starten, für den Betrieb und Trägerschaft des Museums Wald und Umwelt z.B. den Landkreis, den Bezirk oder eine andere staatliche Stelle einzubinden.

Hierzu vermeldete Bürgermeister Brilmayer folgendes Ergebnis: Mit der Klosterbauhof GmbH konnte der unter Nr. 1 gegebene Auftrag vereinbart werden. Dies wurde auch von der Klosterbauhof GmbH schriftlich bestätigt. In diesem Zusammenhang dankte Bürgermeister Brilmayer nochmals Herrn Stadtrat Schuder (Teilhaber der Klosterbauhof GmbH).

Durch die allgemeine Bauverzögerung bei der Errichtung der Dreifachturnhalle wird es aller Voraussicht nach zu Schlusszahlungen an den Landkreis erst in 2004 kommen (bezieht und belegt könne dies zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht werden).

Die Frage zur Mitträgerschaft einer staatlichen Stelle für das Museum Wald und Umwelt kann frühestens in vier bis sechs Monaten geklärt werden.

Am Ende seiner ersten Ausführungen bat deshalb Bürgermeister Brilmayer folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Sämtliche Mehreinnahmen und Minderausgaben im Haushaltsjahr 2003 werden zur Schuldenreduzierung verwendet
2. Die vorliegende Haushaltssatzung und der vorliegende Haushaltsplan (einschließlich sämtlicher Anlagen) werden genehmigt
3. Die Umweltstation wird im Haushaltsjahr 2003 - wie bisher - mit einer Halbtagskraft fortgeführt (Einsparung gegenüber dem Haushaltsansatz 2003 ca. € 10.000)
4. In einem evtl. nötigen Nachtragshaushalt wird der jetzige Ansatz der Haushaltsstelle 320.935M500 (Innenausbau Museum Wald und Umwelt) von € 75.000 auf mindestens € 125.000 erhöht. Diese Ansatzerhöhung wird durch das Verhandlungsergebnis mit der Klosterbauhof GmbH mit einer Ansatzreduzierung der Haushaltsstelle 840.987M542 (Bau eines Stadtsaals) in Höhe von mindestens € 50.000 ausgeglichen.

Stadtkämmerer Napieralla ergänzte die Ausführungen von Bürgermeister Brilmayer wie folgt:

Zur Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 11.03.2003 wurde ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt vorgelegt. Der Ausgleich beruhte aber auf einer Rücklagenentnahme von über einer Million Euro, welche in gleicher Höhe notwendigerweise vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt geführt wurde. Dieser Zuführungsbetrag in die falsche Richtung wäre noch wesentlich höher ausgefallen, wenn nicht bereits in den drei Vorberatungen des Finanz- und Verwaltungsausschusses Sparscheidungen von ca. € 350.000 getroffen worden wären.

Der Vermögenshaushalt musste dem vorberatenden Gremium mit einer Unterdeckung in Höhe von über € 1,8 Mio. vorgelegt werden. Auch diese Unterdeckung wäre noch wesentlich höher gewesen, wenn nicht bereits bei der Haushaltsplanaufstellung in intensiven Gespräche mit den einzelnen Abteilungsleitern weitgehend einvernehmlich eine Summe von über € 1,3 Mio. an grundsätzlich sinnvoll beantragten Haushaltsmitteln von der Planung herausgenommen worden wären.

Nach der abschließenden Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 11.03.2003 konnte der noch verbleibende Differenzbetrag von Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt nur noch mit einer Kreditaufnahme für Investitionsmaßnahmen in Höhe von € 1.239.000 ausgeglichen werden.

Der schwierige Weg bis zu den Einsparungen im Verwaltungshaushalt in Höhe von ca. € 350.000 und die einschneidenden Entscheidungen für die Einsparsumme durch Vorgespräche im Vermögenshaushalt (ca. € 1,3 Mio.) zeigen, dass am Ende nur noch die Tür zur Kreditaufnahme offen blieb. Anders wären aus der Sicht der Stadtkämmerei den vertraglichen und notariellen Verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2003 nicht nachzukommen gewesen. Es liegt Ihnen somit ein Haushaltsentwurf mit folgenden Summen vor:

- Verwaltungshaushalt mit jeweils Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 15.814.000 und
- Vermögenshaushalt mit jeweils Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 7.495.000.

Die Zusammensetzung dieser Summen erläuterte Stadtkämmerer Napieralla anhand der **Anlage 1, 2 und 3**.

Weitere Informationen zur Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage, Einkommenssteuer- und Umsatzsteuerbeteiligung, Einkommensteuerersatzleistung, Kreis- und Solidarumlage sowie zu den Zuführungen vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt und umgekehrt, gab Stadtkämmerer Napieralla mittels Diagramme, welche im Haushalt 2003, Anlage 4, enthalten sind.

Grundlage für die Rücklagenentnahmen und die Kreditaufnahmen sind folgende gesetzlichen Bestimmungen:

Art. 71 Abs. 1 Gemeindeordnung

Kredite dürfen unter der Voraussetzung des Art. 62 Abs. 3 nur im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen, für Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden.

Art. 62 Abs. 3 Gemeindeordnung

Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

§ 22 Kommunalhaushaltsverordnung, Abs. 3

Mittel der allgemeinen Rücklage dürfen zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts verwendet werden, wenn sonst der Ausgleich trotz Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten und Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht erreicht werden kann.

Somit ist für den Ausgleich des Verwaltungshaushalts 2003 eine Rücklagenentnahme in Höhe von **€ 1.340.200 (Euro!)** notwendig und eingeplant. Das bedeutet hierbei für den Vermögenshaushalts, dass die entnommene Rücklage für Investitionen nicht mehr zur Verfügung steht und deshalb für die vom Stadtrat beschlossenen Investitionen (welche auch vertraglich oder notariell festgelegt sind, z.B. Stadtsaal und 3-fach Turnhalle) erneute Kreditaufnahmen nötig werden.

Nach den gesetzlichen Vorschriften und nach erfolgter Rücksprache mit der Kommunalaufsicht wäre es möglich, dieses Verfahren solange fortzuführen, bis sämtliche Rücklagen entnommen sind (ausgenommen die Pflichtrücklage) und die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt noch gegeben ist.

Soweit sich durch die höhere Gesetzgebung (Bundes- und Landespolitik) keine Änderungen ergeben, fasste Stadtkämmerer Napieralla für die Zukunft folgenden Schluss:

Ausgehend davon, dass auch nächstes Jahr 2004 ganz sicher nicht mit einer Gewerbesteuererinnahme von bis zu € 4 Mio. zu rechnen ist (die Einnahmen werden nach einer heute angestellten Prognose bei ca. € 3,0 bis € 3,4 Mio. liegen), wird auch nächstes Jahr 2004 eine Zuführung „in die falsche Richtung“ vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt nötig werden. Dies wiederum ist nur möglich, solange dafür Rücklagen zur Verfügung stehen. Nach einem Blick auf den Rücklagenstand zum 31.12.2003 ist zu erkennen, dass dies allerhöchstens noch 2004 möglich sein wird.

Sollte sich auch 2005 die Einnahme- und Ausgabesituation nicht maßgeblich verändern, würde die Stadt spätestens dann das Merkmal der „dauernden Leistungsfähigkeit“ verlieren. Um dennoch die finanzielle Handlungsfähigkeit zu bewahren, wären bis heute noch nie da gewesene schmerzliche Entscheidungen des Stadtrates notwendig. Das laufende Haushaltsjahr 2003 und auch bereits jetzt das Haushaltsjahr 2004 sollen und müssen deshalb als „Sparhaushalte“ bezeichnet und nach außen zu vertreten werden; es gilt Ausgaben bewusst zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Jeder kreditfinanzierte Euro belastet in Zukunft die Verwaltungshaushalte und jeder zurückzahlende kreditfinanzierte Euro schmälert die Investitionsmöglichkeiten in den kommenden Vermögenshaushalten, so Napieralla.

Er schloss sich den Anträgen von Bürgermeister Brilmayer an und bat, wie vom vorberatenden Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen, den Haushaltsentwurf 2003 zu genehmigen.

Für die Stadtratsfraktion der CSU stellte Stadträtin Dr. Luther fest, dass der diesjährige Haushalt mit zwei Schlagworten bezeichnet werden könne, nämlich „dramatisch“ und „frustrierend“. Dramatisch, weil der massive Rückgang der Einnahmen und der dadurch notwendige Ausgleich des Verwaltungshaushalts durch eine in dieser Höhe noch nie da gewesenen Rücklagenentnahme bzw. Kreditaufnahme als historisch anzusehen ist. Frustrierend, weil der Stadtrat trotz aller Sparmaßnahmen keinen weiteren Einfluss auf die prekäre Haushaltsituation hat. Aus Sicht der CSU-Stadtratsfraktion trage die derzeitige Bundespolitik zu den maroden Kommunalfinzen bei. Weiterhin wurde festgestellt, dass der Wille der CSU-Stadtratsfraktion gemeinsam mit der Verwaltung über alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts zu sprechen und Einsparpotentiale zu suchen, bestens funktioniert habe. Die gemeinsam gefundenen Einsparungen und Sparbeschlüsse können und müssen mit der Bitte nach außen vertreten werden, dass man an einer Akzeptanz nicht vorbei könne. Man sei davon überzeugt, dass durch eine dem Grunde nach pauschale Einsparung von bis zu

20% in den meisten Haushaltsbereichen das soziale und kulturelle Leben in der Stadt Ebersberg nicht verloren geht. Mit der Unterdeckung des Verwaltungshaushalts in Höhe von € 1.313.000 sei dem Stadtrat sehr wohl bekannt, dass man hierbei von der Substanz lebt und weiterhin alles dafür getan werden müsse, dies zu ändern.

Den Vermögenshaushalt verglich Stadträtin Dr. Luther mit einem städtischen Autobus, in dem jeder vorne sitzen will. Aber spätestens ab heuer stellt sich nicht die Frage wer vorne sitzen kann, sondern ob der Autobus selbst grundsätzlich voll fahrbereit ist. Die Pflicht zum Sparen sei auch hier bekannt, aber symbolisch gesehen handelt es sich mittlerweile nicht mehr um eine Durststrecke, es regnet uns zum Dach herein. Die Notlösung 2003, nämlich Rücklagen zu entnehmen um überleben zu können, wird nicht von Dauer sein.

Dennoch ist festzustellen, dass Investitionen zum Wohle der Stadt auch heuer getätigt werden, z. B. Errichtung einer Dreifach-Turnhalle, Errichtung eines Stadtsaals und Weiter- bzw. Fertigbau des Museums Wald und Umwelt. In diesem Zusammenhang wurde nochmals betont, dass das Nichtvollenden des Museums Wald und Umwelt und damit die eventuelle Pflicht zur Zuschussrückzahlung letztendlich ein nicht zu verstehender Schildbürgerstreich wäre. Darüber hinaus ginge vermutlich auch noch das jetzt bestehende Engagement des sich in Gründung befindenden Förderkreises verloren.

Abschließend betonte Stadträtin Luther nochmals, dass die Warnungen und Appelle der Stadtkämmerei zum Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit angekommen seien und die völlige Übereinstimmung darin bestehe, jede Möglichkeit zu nutzen die notwendige Kreditaufnahme so gering wie möglich zu halten.

Stadträtin Luther bedankte sich abschließend bei allen Beteiligten (Stadtratsfraktionen der SPD, der Grünen und UWG, sowie bei der Verwaltung) für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Sparhaushalts 2003.

Für die Stadtratsfraktion der SPD stellte Stadträtin Platzer fest, dass der diesjährige Haushalt mit den Ausdrücken „nix“ bis „fast nix“ bezeichnet werden muss. Der dramatische Rückgang der Einnahmen lasse der Stadt keinen Spielraum, um auch nur die notwendigsten Maßnahmen durchzuführen. Damit wenigstens noch größerer wirtschaftlicher Schaden hinsichtlich der allgemeinen Unterhaltsmaßnahmen abgewendet werden kann, bleibt nach den durchgeführten Sparmaßnahmen im Verwaltungshaushalt kein anderer Ausweg, als die Zuführung vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt. Die Stadt Ebersberg sei das letzte Glied in der Kette, angefangen beim Bund über das Land, Bezirk und Kreis, und habe somit zu sehen, was übrig bleibt bzw. habe somit den „Schwarzen Peter“ gegenüber den Bürgern vor Ort in der Hand, so Stadträtin Platzer. Aus der Sicht der SPD-Fraktion wäre deshalb mehr Kreativität und mehr Mut zu unpopulären Spar-Entscheidungen bei der Haushaltsplanaufstellung notwendig gewesen. Gerade weil die Stadtkämmerei den Haushalt 2002 bereits zum 03.01.2003 abgeschlossen und das Rechnungsergebnis für 2002 vorgelegen hatte, wäre es aus der Sicht der SPD-Stadtratsfraktion nötig gewesen, dass auch dem beratenden Gremium diese Zahlen vorgelegt worden wären.

Dass ausschließlich die rot-grüne Bundesregierung an der derzeitigen Finanzmisere der öffentlichen Kommunen schuld sei, sah Stadträtin Platzer nicht so. Aus Ihrer Sicht wäre auch die Bundespolitik aus der Mitte der 90iger Jahre ursächlich, als man die Kosten der Deutsch-Deutschen-Wiedervereinigung unterschätzt habe. Auch aus der Sicht der SPD wird deshalb die immer wieder angekündigte Finanzreform für Kommunen gefordert.

Wir jammern zwar auf hohem Niveau und gerade deshalb müsse überprüft werden, ob bestimmte Projekte tatsächlich notwendig wären, so Platzer. Es müssten viel besser die Folgekosten bei Investitionsprojekten, sowie die dabei erhebliche zeitlich nach hinten verschobene Auszahlung von Zuschüssen berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang sollte das geplante Parkdeck am Ebersberger Bahnhof sehr kritisch gesehen werden. In diesem Zusammenhang wurde von Stadträtin Platzer mitgeteilt, dass die SPD-Fraktion der zusätzlichen Mittelbereitstellung für das MWU in Höhe von € 50.000 über einen evtl. Nachtragshaushalt 2003 nicht zustimmen werde. Es wäre unverständlich, dass einerseits für die mögli-

che Eröffnung des MWU in 2004 „alles versucht“ wurde und andererseits bei vielen sozialen Projekten Haushaltsmittel gekürzt wurden.

Weiter führte Stadträtin Platzer aus, dass z.B. in den Haushaltsbereichen Stadtjugendpflege und Schulen durchaus eine Budgetierung sinnvoll sei. Auch können Kosten gespart werden, wenn das gemeinsame Mittelzentrum Ebersberg und Grafing besser zusammenarbeiten würde. Als Beispiele nannte hier Stadträtin Platzer den Betrieb eines gemeinsamen Bauhofs und/oder mögliche Projektgruppen von der Verwaltungsspitze bis zur unteren Sachbearbeiterebene. Stadträtin Platzer appellierte abschließend an die Ebersberger Bürgerinnen und Bürger, dass angesichts der Haushaltslage noch mehr Eigenverantwortung und Eigenbeteiligung für bisher von der Stadt freiwillig erbrachte Leistungen erwartet werden müssen.

Zum Schluss bedankte sich Stadträtin Platzer bei allen Beteiligten (Stadtratsfraktionen der CSU, der Grünen und UWG, sowie bei der Verwaltung) für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Sparhaushalts 2003.

Für die Stadtratsfraktion der UWG stellte Stadtrat Gietl fest, dass in der Tat nunmehr die Zeit gekommen sei, dass der Stadtrat keinen Millimeter Spielraum mehr hat, um zusätzliche Investitionen auszuführen. War die Stadt Ebersberg vor 10 Jahren noch eine wohlhabende Gemeinde „nagen wir jetzt am Hungertuch“, so Stadtrat Gietl. Die derzeitige desolante Finanzsituation dürfe jedoch nicht dazu führen, dass sich die Stadt „zu Tode spare“. Jetzt müsse Optimismus an den Tag gelegt werden, damit trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen das soziale und kulturelle Leben in der Stadt Ebersberg weitergehe. Dieser Optimismus sei auf alle Fälle in den vorberatenden „Spar-Sitzungen“ festzustellen gewesen, so Stadtrat Gietl. Seiner Ansicht nach sei von allen beteiligten Stadtratsfraktionen und von der Verwaltung auf einem sehr konstruktiven und sachlichen Wege alles mögliche getan worden, so viele Einsparungen wie möglich durchzuführen, ohne dass hierbei das tagtägliche Zusammenleben in der Stadt in irgend einer Weise maßgeblich beeinträchtigt worden wäre. Stadtrat Gietl schloss sich insoweit den Vorrednern an, als auch er feststellte, dass die Stadt Ebersberg mehr oder weniger unverschuldet in diese Finanzsituation gekommen sei. Vor diesem Hintergrund wird die UWG-Stadtratsfraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen. Dennoch richtete er abschließend einen Appell an die Bürgerinnen und Bürger Ebersbergs, dass sie sich bitte darauf vorbereiten sollen, von der einen oder anderen lieb gewonnenen freiwilligen Leistung der Stadt Ebersberg Abschied zu nehmen.

Zum Schluss bedankte sich Stadtrat Gietl bei allen Beteiligten (Stadtratsfraktionen der CSU, der SPD, und der Grünen, sowie bei der Verwaltung) für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Sparhaushalts 2003.

Für die Stadtratsfraktion der Grünen schloss sich Stadtrat Berberich grundsätzlich seinen Vorrednern an. Zusätzlich stellte er jedoch Folgendes fest. Bereits die Anzahl der notwendigen Sitzungen habe gezeigt, in welche miserable Finanzsituation die Stadt Ebersberg gekommen sei. Die Warnungen der Stadtkämmerei insbesondere vor der erheblichen Schuldenerweiterung sei ihm sehr bewusst. Man solle deshalb noch behutsamer mit dem Geldausgeben sein, obwohl dies ohnehin in der Vergangenheit sehr kontrolliert gemacht worden sei. Besser hätte man aber in der Vergangenheit die Folgekosten der einzelnen Investitionsprojekte berücksichtigen müssen. Seiner Ansicht nach würden auch zu leichtfertig Kosten für Planungen, Gutachten und juristische Rechtsberatungen von der Stadt Ebersberg getragen. Als Beispiele nannte Stadtrat Berberich u.a. die Planungskosten für das Parkdeck und Hochwasserfreilegung. Diese sollten gezielter in Anspruch genommen und insgesamt reduziert werden. Stadtrat Berberich stellte auch fest, dass es unklug wäre, sich bei der Sanierung der Finanzsituation auf die Bundes- und Landespolitik zu verlassen. Leider würde sich seiner Ansicht nach auch die allgemeine wirtschaftliche Lage und der Irak-Krieg auf die Finanzen der Stadt Ebersberg negativ auswirken. Auch insofern sei er nach wie vor der Meinung, dass eine Schließung des Hallenbades erheblich zur Haushaltskonsolidierung für die Zukunft beigetragen hätte.

Auch Stadtrat Berberich betonte nochmals, dass zukünftig sich die Stadt Ebersberg auf ihre Pflichtleistungen beschränken und sich immer mehr von freiwilligen Leistungen verabschieden müsse. Dieses Abverlangen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Ebersbergs wird seiner Überzeugung nach auch verstanden. Auch nach den Einsparungen steht eines fest, nämlich dass im Vergleich zu anderen Landkreismunicipalitäten das Engagement der Stadt im Bereich der freiwilligen Leistungen immer noch sehr hoch sei.

Zum Schluss bedankte sich Stadtrat Berberich bei allen Beteiligten (Stadtratsfraktionen der CSU, der SPD, und der UWG, sowie bei der Verwaltung) für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Sparhaushalts 2003.

In einer abschließenden Diskussion wurden aus der Mitte des Stadtrats noch folgende Statements vorgetragen:

- Im Sparhaushalt 2003 wurden keine Steuern erhöht
- Bei einer Hallenbadschließung wäre auch das Zurückzahlen von staatlichen Zuschüssen zu berücksichtigen
- Die Zusammenarbeit mit Grafing wird schon bisher auf vielen Ebenen gepflegt, sollte aber zukünftig - wenn sinnvoll und möglich - noch ausgebaut werden (z.B. EDV)
- Bereits vor den „Sparsitzungen“ hätte klar sein sollen, dass aus Nachverhandlungen für das Stadtsaalprojekt Mittel für das MWU frei werden, dann hätte man sich die eine oder andere „Kleinsparerei“ sparen können
- Für die Zukunft sollte z.B. in den Bereichen Schule oder Feuerwehr eine Haushalts-Budgetregelung angedacht werden

Auf die Frage aus der Mitte des Stadtrats, warum die SPD-Stadtratsfraktion noch am 26.03.2003 für eine Mittelaufstockung für das MWU in Höhe von € 50.000 war, wenn diese aus Umschichtungen aus dem Projekt Stadtsaal freigemacht werden können, wurde von Seiten der SPD entgegnet, dass nach nochmaligem Überdenken des Sachverhalts es dem Bürger nicht zu vermitteln sei, auf der einen Seite z.T. kleine freiwillige soziale Leistungen zu streichen und auf der anderen Seite „schnell“ € 50.000 für die Fertigstellung des MWU bereitzustellen. Dem wurde aus Seiten der CSU-Fraktion entgegengehalten, dass Bürgermeister Brilmayer den einstimmigen Auftrag hatte, geplante Mittel für den Stadtsaal durch Nachverhandlungen mit der Klosterbauhof GmbH für das MWU freizubekommen. Aus dem Gesamtergebnis der Nachverhandlungen können sogar zusätzliche Zinsersparnisse bis zu € 15.000 erwartet werden.

Der Stadtrat fasste jeweils einstimmig mit 21 : 0 Stimmen folgende Beschlüsse:

1. Sämtliche Mehreinnahmen und Minderausgaben im Haushaltsjahr 2003 werden zur Schuldenreduzierung verwendet.
2. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2003 einschließlich Finanz- und Investitionsplanung und sämtlicher Anlagen werden genehmigt.
3. Die Umweltstation wird mindestens im Haushaltsjahr 2003 - wie bisher - mit einer Halbtagskraft fortgeführt; die dadurch erreichte Einsparung gegenüber dem Haushaltsansatz 2003 von ca. € 10.000 wird im Nachtragshaushalt berücksichtigt.

Mit 16 : 5 Stimmen beschloss der Stadtrat, im Nachtragshaushalt den jetzigen Ansatz der Haushaltsstelle 320.935M500 (Innenausbau Museum Wald und Umwelt) von € 75.000 auf mindestens € 125.000 zu erhöhen und diese Ansatzerhöhung gleichzeitig aufgrund des dargestellten Verhandlungsergebnisses mit der Klosterbauhof GmbH mit einer Ansatzreduzierung der Haushaltsstelle 840.987M542 (Bau eines Stadtsaals) in Höhe von mindestens € 50.000 auszugleichen.

TOP 2

Errichtung eines Baumarktes in Langwied

a) Raumordnungsverfahren; Einleitungsbeschluss

b) 20. FNP-Änderung; Einleitungsbeschluss

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 04.02.2003, TOP 13 , vorberaten; im Einzelnen wird auf die Niederschrift hierzu verwiesen.

Bürgermeister Brilmayer stellte dem Stadtrat nochmals detailliert die aktuelle Planung des Baumarktes in Langwied vor.

a) Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 20 : 0 Stimmen, das notwendige Raumordnungsverfahren auf der Basis der vorgestellten Planung (Variante 1) und den damit vorgegebenen Größen zu beantragen.

Stadträtin Portenlänger war bei Beschlussfassung vorübergehend abwesend.

b) Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 21 : 0 Stimmen, den Flächennutzungsplan im Bereich der Grundstücke Fl.Nr. 552, 553 und einer Teilfläche von 555/4, Gmkg. Ebersberg, auf der Basis der Variante 1 - mit dem Ziel dort einen Baumarkt zu errichten - zu ändern.

TOP 3

21. FNP-Änderung Gmaind Nord-Ost II;

Einleitungsbeschluss

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 25.03.2003, TOP 12 und 13, vorberaten; im Einzelnen wird auf die Niederschrift hierzu verwiesen.

Bürgermeister Brilmayer erläuterte dem Stadtrat die vorliegenden Planungen für das Grundstück Fl. Nr. 1099/3, das im Flächennutzungsplan als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen ist. Die vorgesehene Bebauung erfordert eine Änderung dieser Ausweisung in „Dorfgebiet“.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 21 : 0 Stimmen – wie vom Technischen Ausschuss empfohlen -, die Ausweisung im Flächennutzungsplan für den Bereich des Grundstückes Fl.Nr. 1099/3, Gmkg Ebersberg, von bisher „Fläche für die Landwirtschaft“ in „Dorfgebiet“ zu ändern. Ziel der Änderung ist es, das Grundstück einer Wohnbebauung zuzuführen.

TOP 4

Änderung der Gebührensatzung für das Friedhof- und Bestattungswesen

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 11.03.2003, TOP 2, vorberaten.

Im Rahmen der notwendigen Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes empfiehlt der Finanz- und Verwaltungsausschuss die Erhöhung der Gebühren für die städtischen Friedhöfe um 50%. Hierzu ist eine Änderung der Gebührensatzung für das Friedhof- und Bestattungswesen notwendig. Eine entsprechende Änderungssatzung wurde von der Verwaltung vorbereitet und liegt dem Protokoll als Anlage 4 bei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 21 : 0 Stimmen, die Gebührensatzung für das Friedhof- und Bestattungswesen entsprechend dem vorgelegten Entwurf der Änderungssatzung zum 03.04.2003 zu ändern.

TOP 5

Änderung der Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der Feuerwehren

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 11.03.2003, TOP 3, vorberaten.

Im Rahmen der notwendigen Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes empfiehlt der Finanz- und Verwaltungsausschuss die Erhöhung der Gebühren für die Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren um 10%. Hierzu ist eine Änderung der Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der Feuerwehren notwendig. Eine entsprechende Änderungssatzung wurde von der Verwaltung vorbereitet und liegt dem Protokoll als Anlage 5 bei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 21 : 0 Stimmen, die Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der Feuerwehren entsprechend dem vorgelegten Entwurf der Änderungssatzung zum 03.04.2003 zu ändern.

TOP 6

Verschiedenes;

- a) Änderung der Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung
 - b) Änderung der Abfallwirtschaftssatzung
 - c) Termin Besichtigungsfahrt
-

öffentlich

a) Änderung der Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung:

Die vermehrte Anlieferung von verschmutztem Styropor und größeren Mengen von Gartenabfällen machen eine Änderung der satzungsmäßig festgelegten Abgabemengen bzw. der verlangten Gebühren nötig.

Nach der Satzung kann bisher nur sauberes Styropor kostenlos abgeliefert werden; verschmutztes Styropor musste deshalb als Sperrmüll behandelt werden, so dass große Volumen mit einer Gebühr von 0,25 €/Kilo entsorgt werden konnten. Für verschmutztes Styropor soll deshalb eine Gebühr von 10,00 €/cbm in die Gebührensatzung eingefügt werden.

Die kostenlose Abgabe von Gartenabfällen war bisher auf haushaltsübliche Mengen beschränkt, Mengen über 1cbm mussten entweder zurückgewiesen werden – wodurch das

Risiko einer illegalen Ablagerung erhöht wurde – oder entgegen den Bestimmungen doch kostenlos angenommen werden. Die dadurch häufiger notwendige Leerung des Gartenabfall-Containers verursachte erhebliche Kosten. Bei der Anlieferung größerer Mengen von Gartenabfällen, sollte deshalb für die Menge, die das Volumen von 1 cbm übersteigt, eine Gebühr von 10,00 €/cbm verlangt werden.

Eine entsprechende Änderungsatzung wurde von der Verwaltung vorbereitet und liegt dem Protokoll als Anlage 6 bei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 21 : 0 Stimmen, die Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung entsprechend dem vorgelegten Entwurf der Änderungsatzung zum 03.04.2003 zu ändern.

b) Änderung der Abfallwirtschaftssatzung:

In der Folge der Einführung von Gebühren für die Entsorgung größerer Mengen von Gartenabfällen wird eine entsprechende Anpassung der einschlägiger Bestimmungen der Abfallwirtschaftssatzung nötig. Um bei der Annahme größerer Mengen von Gartenabfällen ein extremes Ausufern der angelieferten Mengen zu verhindern sollte hier eine Begrenzung auf 6 cbm erfolgen (§ 4 Abs 1. Ziff. 3 der Abfallwirtschaftssatzung). Gleichzeitig muss die in § 12 Abs.2 Ziff. 12 enthaltene Mengengrenzung auf 1 cbm pro Haushalt und Woche gestrichen werden.

Eine entsprechende Änderungsatzung wurde von der Verwaltung vorbereitet und liegt dem Protokoll als Anlage 7 bei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 21 : 0 Stimmen, die Abfallwirtschaftssatzung entsprechend dem vorgelegten Entwurf der Änderungsatzung zum 03.04.2003 zu ändern.

c) Termin Besichtigungsfahrt:

Bürgermeister Brilmayer nannte als Termin für die im Technischen Ausschuss geplante Fahrt zur Besichtigung von geeigneten Belägen für den Freiflächenbereich im Bebauungsplan Innenstadt den 15. 04.2003, 13.00 Uhr bzw. 14.00 Uhr und fragte die Teilnahme der einzelnen Stadträte ab.

Als Sprecher der Stadtratsfraktionen, die entsprechend der Vorgabe des Technischen Ausschusses während der Besichtigungsfahrt gemeinsam über den geeigneten Belag abstimmen sollen, wurden

Stadtrat Riedl	für die CSU-Fraktion
Stadtrat Mühlfenzl	für die SPD-Fraktion
Stadtrat Heilbrunner	für die UWG-Fraktion und
Stadtrat Berberich	für die Fraktion der Grünen

benannt.

TOP 7Wünsche und Anfragenöffentlich

Stadträtin Rauscher erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich der notwendigen Schließung des Jugendzentrums in den vergangenen Tagen.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, dass zwischenzeitlich die von Seiten des Vorbeugenden Brandschutzes angemahnten Verstöße behoben bzw. beseitigt worden seien, so dass nun die Brandschutzbestimmungen wieder eingehalten seien. Das Jugendzentrum sei seit 26. März wieder geöffnet.

Aus der Mitte des Stadtrates wurde die lange Dauer der Schließung kritisiert, da die Beseitigung der Mängel doch sicher schneller hätte bewerkstelligt werden können. Bürgermeister Brilmayer erwiderte hierzu, dass dem Trägerverein eine Woche Zeit zur ordnungsgemäßen Behebung der Mängel gegeben wurde. Für die Wiederöffnung des Jugendzentrums sei eine erneute Besichtigung erforderlich gewesen. Von der Verwaltung könne jedoch nicht erwartet werden, diese sofort auf Abruf vorzunehmen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 22.30 Uhr

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Brilmayer
Sitzungsleiter

Napieralla
Schriftführer (zu TOP 1)

Pfleger
Schriftführerin